



## Basisinformationen: Demokratie in Europa / Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit

Das Forum „**Demokratie in Europa / Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit**“ befasst sich mit Themen im Zusammenhang mit Demokratie wie Wahlen, Teilhabe außerhalb der Wahlzeiten, wahrgenommene Distanz zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und ihren gewählten Vertreterinnen und Vertretern, Medienfreiheit und Desinformation. Das Forum behandelt ferner Fragen im Zusammenhang mit Grundrechten und Grundwerten, Rechtsstaatlichkeit und der Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung. Zugleich befasst sich das Forum mit der inneren Sicherheit der EU, z. B. dem Schutz der Europäerinnen und Europäer vor terroristischen Handlungen und anderen Straftaten.

In diesem Dokument erhalten Sie Hintergrundinformationen zu den verschiedenen Themen, um die es in dem Forum geht. Es wird vor allem dargelegt, was die EU in diesen Bereichen bereits unternimmt und welchen Anliegen und Wünschen für die Zukunft die Nutzerinnen und Nutzer der mehrsprachigen digitalen Plattform (<https://futureu.europa.eu>) eine besondere Bedeutung beimessen. Schließlich enthält das Dokument auch Links mit weiteren Informationen zu zahlreichen Themen.

### Ihre Aufgabe

Im Rahmen dieses Forums möchten wir Sie bitten, eine Reihe von Empfehlungen zu erörtern und auszuarbeiten, an denen die Organe der Union sich orientieren können, um die Zukunft Europas in den Bereichen „Demokratie in Europa“ sowie „Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“ zu gestalten. In den Empfehlungen kann beispielsweise vorgeschlagen werden, welche allgemeine Ausrichtung befolgt oder wie ein bestimmtes Problem behoben werden sollte.

In drei Sitzungen werden Sie direkt mit anderen Bürgerinnen und Bürgern aus ganz Europa beraten und zusammenarbeiten und schließlich die Empfehlungen gemeinsam ausarbeiten. In der dritten und letzten Sitzung werden Sie gemeinsam über die Empfehlungen abstimmen, die in der Plenarversammlung der Konferenz vorgestellt und mit den anderen Teilnehmenden erörtert werden.

## Demokratie in Europa

Zur Demokratie in Europa beizutragen heißt, sich Gehör zu verschaffen – sowohl durch die Teilnahme an Europawahlen, bei denen die Bürgerinnen und Bürger die Mitglieder des Europäischen Parlaments alle fünf Jahre direkt wählen, als auch außerhalb der Wahlzeiten. Bei der vergangenen Europawahl 2019 lag die Wahlbeteiligung so hoch wie seit zwanzig Jahren nicht mehr. Mehr als 200 Millionen Menschen haben gewählt, und die Zahl der jungen Wählerinnen und Wähler hat stark zugenommen.

Zugleich sieht sich die Demokratie in der EU und ihren Mitgliedsländern Herausforderungen gegenüber, etwa zunehmendem Extremismus, Desinformation und einer wahrgenommenen Distanz zwischen den Menschen und ihren gewählten Vertreterinnen und Vertretern.

### **Was tut die EU?**

Eine hohe Wahlbeteiligung ist eines der Merkmale einer gesunden Demokratie. Wir werden die Bürgerinnen und Bürger weiterhin über die Politik der Europäischen Union informieren und sie zur Teilnahme an Wahlen animieren.

Die Menschen wollen stärker in die Gestaltung von Entscheidungen und politischen Maßnahmen auf europäischer Ebene einbezogen werden, und dies nicht nur in Wahlzeiten. Und genau das ist das Ziel der Konferenz zur Zukunft Europas. Es gibt auch eine Reihe weiterer EU-Initiativen, die die Beteiligung der Öffentlichkeit unterstützen, wie etwa Bürgerdialoge, die Europäische Bürgerinitiative und Petitionen an das Europäische Parlament.

Angesichts von zunehmendem Extremismus und Falschmeldungen haben wir einen [Aktionsplan für Demokratie in Europa](#) verabschiedet, um unsere Demokratien widerstandsfähiger zu machen. Mit dem Plan werden freie und faire Wahlen gefördert, wird die Medienfreiheit unterstützt und wird der Kampf gegen Desinformation intensiviert.

### **Beiträge auf der mehrsprachigen digitalen Plattform (19. April bis 2. August 2021)**

Bis zum 2. August 2021 wurden auf der digitalen Plattform zum Thema „Demokratie in Europa“ insgesamt 1 016 Ideen, 2 296 Kommentare und 329 Veranstaltungen erstellt. In den Beiträgen wird eine Umstrukturierung der europäischen Institutionen oder sogar eine Föderalisierung der Europäischen Union gefordert. In einigen Vorschlägen wird ferner eine stärkere Beteiligung und Einbindung der Bürgerinnen und Bürger gefordert. Generell sind die Interaktionen zu diesem Thema konstruktiv und zukunftsorientiert, wenngleich in einigen Interaktionen die Besorgnis über die Gefahr einer Implosion der EU infolge von Spannungen, Populismus und Nationalismus zum Ausdruck gebracht wird.

Die Beiträge decken eine Vielzahl von Aspekten ab:

- **Föderalisierung der Europäischen Union**
- **Institutionelle Reformen**
- **Europawahlen**
- **Bürgervertretung**
- **Bürgerbeteiligung und -konsultationen**
- **Medien**
- **Sprachen und Förderung des europäischen Geistes**
- **Schutz und Stärkung der Demokratie**

## Föderalisierung der Europäischen Union

Im Rahmen des Themas „Demokratie in Europa“ fordern zahlreiche Beitragende eine Föderalisierung der Europäischen Union. Dies ist auch immer wieder Gegenstand von Veranstaltungen zu diesem Thema (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)).

Beitragende sind der Auffassung, dass die Föderalisierung der beste Weg ist, damit die EU ihr volles Potenzial ausschöpfen kann (siehe Beispiel einer [Idee](#)), aber auch dass sie der EU mehr Glaubwürdigkeit und Einfluss in der internationalen Politik verschaffen und die Fähigkeit geben kann, unsere heutigen länderübergreifenden Probleme, wie den Klimawandel und die COVID-19-Pandemie, anzugehen (siehe [Idee](#)). Darüber hinaus argumentieren diejenigen, die diese Idee unterstützen, dass Euroskeptizismus und nationalistische Tendenzen damit überwunden würden.

So wird in einer vielfach unterstützten und diskutierten Idee beispielsweise eine verfassunggebende Versammlung unterstützt, um eine europäische Verfassung zu schaffen, in der die wesentlichen Elemente und Grundsätze einer demokratischen europäischen Föderation festgelegt sind (siehe [Idee](#)). Die Debatte umfasst auch spezifischere Forderungen nach einer gemeinsamen Fiskal- und Wirtschaftspolitik, einer gemeinsamen europäischen Armee und der Föderalisierung der Außenpolitik sowie eine Neugestaltung der EU-Institutionen nach föderalistischen Grundsätzen.

Einige Beitragende sind jedoch skeptisch gegenüber der Föderalisierung der EU und unterstützen stattdessen eine Dezentralisierung mit umfangreicheren Befugnissen für die Mitgliedstaaten (siehe Beispiel einer [Idee](#)), mehr Freiheiten und größerem Respekt für ihre Identität sowie freier Zusammenarbeit in Bereichen, in denen dies sinnvoll ist (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

## Institutionelle Reformen

Ein großer Anteil der Ideen beschäftigt sich auch mit Reformen der europäischen Institutionen, insbesondere mit dem Ziel, sie effizienter und transparenter sowie bürgernäher zu gestalten. Dazu gehören Vorschläge für eine umfassendere Überarbeitung der institutionellen Struktur (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

In Bezug auf das Europäische Parlament fordern die Beitragenden am häufigsten, ihm ein echtes Initiativrecht einzuräumen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Ferner wird gefordert, ihm Haushaltsbefugnisse zu erteilen (siehe [Idee](#)). Auch über den Sitz des Europäischen Parlaments wird diskutiert, wobei Beitragende dazu auffordern, eine Wahl zwischen Straßburg und Brüssel zu treffen (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Auf der Plattform wird im Rahmen des Themas „Demokratie in Europa“ in Bezug auf den Europäischen Rat und den Rat der Europäischen Union immer wieder die Idee geäußert, zu einer Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit überzugehen, um das nationale Vetorecht abzuschaffen (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Es finden auch Debatten über die Rolle des Rates in der institutionellen Struktur der EU statt (siehe Beispiel einer [Idee](#)), und es werden Vorschläge zur Vertiefung des Zweikammersystems in der EU gemacht (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Eine Gruppe von Beitragenden diskutiert in Bezug auf die Europäische Kommission über die Wahl des Kommissionspräsidenten und die Ernennung der Kommissionsmitglieder, einschließlich des Spitzenkandidatensystems (siehe Beispiel einer [Idee](#)), und über die direkte Wahl des Kommissionspräsidenten durch die Bürgerinnen und Bürger (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Die Teilnehmenden beschäftigen sich auch mit der Anzahl der Kommissionsmitglieder (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Darüber hinaus werden Reformen des Ausschusses der Regionen und des Wirtschafts- und Sozialausschusses erwähnt, beispielsweise um sie effizienter zu machen. Dazu gehören Vorschläge für eine Reform des Ausschusses der Regionen, um angemessene Wege des Dialogs für Regionen, Städte und Gemeinden zu schaffen (siehe [Idee](#)) oder ihm eine stärkere Rolle zuzuweisen (siehe [Idee](#)).

Eine vielfach diskutierte Idee ist die direkte Wahl eines EU-Präsidenten, beispielsweise indem die Rollen der Präsidenten der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates zusammengelegt werden (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Ferner wird gefordert, eine einzige Anlaufstelle einzurichten, damit die EU in ihren Außenbeziehungen mit einer Stimme spricht (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

## Europawahlen

In einer Reihe von Ideen für institutionelle Reformen wird gefordert, das Verfahren der Wahl zum Europäischen Parlament anzupassen, um die Bürgerinnen und Bürger stärker in die demokratischen Prozesse der EU einzubinden. Einer der am meisten diskutierten Vorschläge betrifft die Erstellung EU-weiter länderübergreifender Kandidatenlisten, damit die Kandidatinnen und Kandidaten eher europäische als innerpolitische Fragen in den Mittelpunkt rücken (siehe [Idee](#)). Ferner werden weitere Ideen zur Förderung einer gesamteuropäischen Debatte und der Bürgernähe der Mitglieder des Europäischen Parlaments erörtert (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Einige Vorschläge betreffen konkret die Frage, wie die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen erhöht werden kann. Es wird gefordert, eine Wahlpflicht einzuführen (siehe [Idee](#)), und es wird vorgeschlagen, die Beteiligung zu erleichtern, etwa durch die Zulassung der Briefwahl und der Wählerregistrierung am selben Tag oder durch die Erklärung des Wahltages zu einem Feiertag (siehe [Idee](#)). Einige Beitragende erörtern auch die digitale Stimmabgabe, einschließlich einer Idee zur Schaffung eines europaweiten digitalen Wählerverzeichnisses (siehe [Idee](#)). Die Frage der digitalen Stimmabgabe wird auch unter dem Thema „Digitaler Wandel“ erörtert.

Ferner wird vorgeschlagen, das Mindestalter für die Teilnahme an Europawahlen zu vereinheitlichen (siehe Beispiel einer [Idee](#)) und es vorzugsweise auf 16 Jahre festzulegen (siehe [Idee](#)).

## Bürgerbeteiligung und -konsultationen

Die Beiträge auf der Plattform enthalten eine Reihe von Vorschlägen zur Stärkung der Bürgerbeteiligung und des Mitverantwortungsgefühls gegenüber der Beschlussfassung der EU.

Bei einer Reihe von Ideen und Veranstaltungen geht es um die Entwicklung dauerhafterer Mechanismen, die auf einer partizipativen Demokratie und Interaktionen zwischen Bürgerinnen und Bürgern beruhen, um die repräsentative Demokratie zu stärken und zu ergänzen, auch indem auf den Erfahrungen der Konferenz zur Zukunft Europas aufgebaut wird. Teilnehmende haben beispielsweise vorgeschlagen, Bürgerversammlungen und -foren systematischer zu nutzen, um die wichtigsten und schwierigsten politischen Entscheidungen in der EU vorzubereiten (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Weitere Beitragende schlagen ein digitales Online-Forum vor, in dem EU-Bürgerinnen und -Bürger über die Gesetzgebung der EU diskutieren könnten und das ein System von positiven Bewertungen und Kommentaren nach dem Muster sozialer Medien verwendet (siehe [Idee](#)). Eine damit verbundene Idee ist eine Bürger-Lobbying-Plattform als alternative Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger der EU sowie kleinere Unternehmen, ihr Fachwissen und ihre Ansichten zu Rechtsvorschriften im Beschlussfassungsprozess der EU einzubringen (siehe [Idee](#)).

Die Beiträge umfassen ferner einen Vorschlag für die Schaffung einer einzigen digitalen Plattform als Anlaufstelle, auf der alle öffentlichen Beiträge – Europäische Bürgerinitiativen,



Beschwerden, Petitionen usw. – zentral in die partizipative Architektur der EU-Institutionen eingespeist werden (siehe [Idee](#)).

Einige Beitragende haben ein „Bürgerparlament“, eine „Versammlung für Organisationen der Zivilgesellschaft“ (siehe [Idee](#)) oder eine „Verfassungsgebende Versammlung“ (siehe [Idee](#)) vorgeschlagen, die das Europäische Parlament beraten könnten. Als Alternative zu nationalen Referenden wird ferner die Idee EU-weiter Referenden zu institutionellen und politischen Themen der EU erörtert (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

## Bürgervertretung

In Bezug auf den Aspekt Bürgervertretung wird auf der Plattform mehrfach gefordert, einen besonderen Schwerpunkt auf die verschiedenen Generationen zu legen. Dazu gehören Vorschläge, ein für die ältere Bevölkerung zuständiges Kommissionsmitglied einzusetzen (siehe [Idee](#)) und jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, regelmäßig ihre Ansichten im Europäischen Parlament vorzutragen (siehe [Idee](#)). In einem damit zusammenhängenden Beitrag wird vorgeschlagen, eine Quote für Mitglieder des Europäischen Parlaments unter 35 Jahren zu schaffen (siehe [Idee](#)).

Ferner findet sich ein Vorschlag für eine genderparitätische Aufstellung für Europawahlen (siehe [Idee](#)).

In einer vielfach unterstützten und diskutierten Idee wird vorgeschlagen, eine europäische Staatsbürgerschaft einzuführen, die nicht mit der Staatsbürgerschaft eines EU-Mitgliedstaats verknüpft ist (siehe [Idee](#)). Zudem wird zur Diskussion gestellt, ob es Drittstaatsangehörigen, die langfristig in einem Mitgliedstaat leben, erlaubt werden soll, in ihrem Wohnsitzland an Europawahlen teilzunehmen (siehe [Idee](#)).

In einer weiteren Idee wird die EU aufgefordert, die Schaffung eines Parlaments der Vereinten Nationen anzustreben, um es den Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, bei Entscheidungen auf globaler Ebene ihren Willen unabhängig von ihren jeweiligen nationalen Regierungen direkt zum Ausdruck zu bringen (siehe [Idee](#)).

## Medien

Eine Reihe von Beiträgen zum Thema „Demokratie in Europa“ betreffen die Medien. Dieser Aspekt wird auch in Beiträgen zum Thema „Bildung, Kultur, Jugend und Sport“ behandelt.

Nach einem wiederholt vorgebrachten Vorschlag sollen europaweite Medien bzw. Mediennetzwerke eingerichtet (siehe Beispiel einer [Idee](#)) oder eine einzige öffentliche EU-Rundfunkanstalt geschaffen werden (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Dies wird vor allem vorgeschlagen, um das Wissen der Bürgerinnen und Bürger über EU-Themen zu erweitern – etwa durch Live-Streaming von Beratungen und Veranstaltungen –, aber auch um einen EU-weiten Gemeinschaftssinn zu fördern und in Dokumentarfilmen über EU-Länder die Werte und Kulturen Europas hochzuhalten. Einige Beitragende fordern ferner einen Fernseh- und Radiosender der EU, um ihre Werte über ihre Grenzen hinaus zu verbreiten (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Weitere Teilnehmende schlagen vor, Journalistinnen und Journalisten für die Berichterstattung über die EU zu schulen oder öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten dazu zu verpflichten, einen bestimmten Prozentsatz der Sendezeit für EU-Angelegenheiten vorzusehen.

## Sprachen und Förderung eines europäischen Geistes

Eine weitere Reihe von Ideen auf der Plattform betrifft Fragen im Zusammenhang mit Sprachen sowie einem gemeinsamen europäischen Geist und einer gemeinsamen europäischen Identität. Dieser Aspekt wird auch immer wieder in Beiträgen zum Thema „Bildung, Kultur, Jugend und Sport“ behandelt.

Eine Vielzahl von Teilnehmenden diskutiert über die Idee, eine gemeinsame Sprache zu wählen, um die Kommunikation und das gegenseitige Verständnis der Bürgerinnen und Bürger in der gesamten EU zu verbessern (siehe Beispiel einer [Idee](#)), einschließlich des Vorschlags, Esperanto als einende Sprache zu verwenden (siehe Beispiel einer [Idee](#)). In den Kommentaren werden diese beiden Vorschläge leidenschaftlich unterstützt oder abgelehnt. Einige Teilnehmende fordern ferner, dass der Grundsatz der Mehrsprachigkeit besser geachtet werden muss (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Darüber hinaus finden sich Ideen zur Gründung eines EU-Sportteams (siehe Beispiel einer [Idee](#)), zur Erklärung des 9. Mai zum Feiertag in allen Mitgliedstaaten (siehe [Idee](#)) oder zur Schaffung eines EU-Passes (siehe [Idee](#)), mit denen der europäische Geist gefördert werden soll.

## Schutz und Stärkung der Demokratie

Zahlreiche Ideen zu diesem Aspekt befassen sich mit dem Schutz der Demokratie in der EU, und es werden entschlossene Maßnahmen gegen Regierungen gefordert, die gegen demokratische Grundsätze verstoßen, wobei insbesondere auf Ungarn und Polen Bezug genommen wird (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Diese Frage wird ausführlicher unter dem Thema „Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“ behandelt.

Ferner wird anerkannt, dass Desinformation und Falschmeldungen eine Gefahr für Demokratien darstellen können. Zudem wird ein verstärkter Ansatz gefordert, um der Verbreitung irreführender Informationen entgegenzuwirken; dazu zählen unter anderem Vorschläge für die Schaffung einer mobilen App zur Faktenprüfung (siehe [Idee](#)) oder eines unabhängigen EU-Medieninstituts zur Faktenprüfung (siehe [Idee](#)).

In einer Reihe von Ideen und Kommentaren wird die Notwendigkeit erörtert, das Lobbying zu regulieren, wobei ein Verhaltenskodex für die Politik oder die Einrichtung eines unabhängigen europäischen Gremiums, das über Mittel zur Bekämpfung von Korruption und unerwünschtem Einfluss der Lobbys verfügt, gefordert wird (siehe Beispiel einer [Idee](#)). In dieser Hinsicht werden ferner allgemeine Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung gefordert, beispielsweise bei der Auftragsvergabe auf lokaler Ebene.

### **Weitere Informationen zum Thema:**

[Neuer Schwung für die Demokratie in Europa](#)  
[Aktionsplan für Demokratie in Europa](#)  
[Grundrechte in der EU](#)  
[Demokratie und Menschenrechte](#)

## Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit

Rechtsstaatlichkeit ermöglicht es uns, Grundrechte und Grundwerte zu garantieren und ein investitionsfreundliches Geschäftsumfeld zu fördern. Sie ist einer der zentralen Werte, auf denen die Europäische Union beruht.

Die EU stellt sicher, dass Gesetze eingehalten werden, und fördert die Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger. Das heißt, dass wir die Menschenrechte sowie die Rechte von Opfern und von Kindern aktiv schützen und Rassismus und religiös motivierte Diskriminierung bekämpfen. Es bedeutet, Gerechtigkeit und Geschlechtergleichstellung sowie die Rechte von LGBTIQ+-Gemeinschaften und Menschen mit Behinderungen zu fördern.

Zugleich müssen wir unseren Beitrag dazu leisten, die Europäerinnen und Europäer vor Terroranschlägen und Kriminalität zu schützen.

### **Was tut die EU?**



Die Europäische Union hat konkrete Maßnahmen festgelegt, um unsere Fähigkeit zur Förderung und Wahrung der Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Wir überwachen die Rechtsstaatlichkeit in allen EU-Ländern und haben einen neuen „Rechtsstaatlichkeitsrahmen“ verabschiedet.

Die EU arbeitet kontinuierlich daran, Ungleichheiten in unserer Union zu bekämpfen, so etwa im Rahmen der [EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter](#), des [Aktionsplans gegen Rassismus](#) oder der [Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen](#). Diese Maßnahmen stützen sich auf die in der Grundrechtecharta verankerten Rechte auf Schutz vor Diskriminierung, die jegliche Diskriminierung aus Gründen der Rasse, des Geschlechts, der Religion, der sexuellen Ausrichtung, einer Behinderung sowie der ethnischen oder sozialen Herkunft verbieten.

In den vergangenen fünf Jahrzehnten hat die EU ein solides Regelwerk aus politischen Maßnahmen und Vorschriften errichtet, um ein hohes Maß an Verbraucherschutz und Verbraucherrechten sicherzustellen. Mit der [neuen Verbraucheragenda](#) werden diese Rechte gewährleistet und gleichzeitig die Verbraucher geschützt und gestärkt.

Die neue [EU-Strategie für eine Sicherheitsunion](#) liefert die Instrumente und Maßnahmen, die die Sicherheit in unserem physischen und digitalen Umfeld gewährleisten. Ihre vier strategischen Prioritäten für Maßnahmen sind: ein zukunftsfähiges Sicherheitsumfeld, die Bewältigung sich wandelnder Bedrohungen, der Schutz der Europäerinnen und Europäer vor Terrorismus und organisierter Kriminalität und eine starke europäische Sicherheitsgemeinschaft.

### ***Beiträge auf der mehrsprachigen digitalen Plattform (19. April bis 2. August 2021)***

Zum Thema „Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“ wurden seit der Einrichtung der digitalen Plattform insgesamt 1 635 Beiträge erfasst (547 Ideen, 949 Kommentare und 139 Veranstaltungen). Bei einem großen Teil der Interaktionen zu diesem Thema geht es um die Gefahren des Aufkommens sogenannter „illiberaler Demokratien“ in der EU, die die Werte der EU nicht achten und sich in Richtung autokratischer Regime entwickeln. Sie werden als Bedrohung gesehen. Beitragende rufen zum Handeln auf, um die Achtung der Rechtsstaatlichkeit sicherzustellen.

Die Beiträge lassen sich in folgende Aspekte untergliedern:

- **Werte**
- **Rechte und Freiheiten**
- **Schutz von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten**
- **Sicherheit**
- **Lobbyismus und Korruption**

## **Werte**

In einer Gruppe von Ideen auf der Plattform wird erörtert, was europäische Identität bedeutet und welche Werte die EU verkörpern und fördern sollte (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Insbesondere nennen Beitragende unter anderem die Grundsätze Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Pluralismus, Gerechtigkeit, Solidarität und Geschlechtergleichstellung als konstitutiv für das Wertesystem der Europäischen Union. Sie sind der Ansicht, dass diese Grundsätze die Politik der Union leiten sollten.

Einen der Schwerpunkte bildet die Forderung nach einer stärkeren Gleichstellung der Geschlechter (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Es gibt Vorschläge zur Erhöhung der Zahl der Frauen unter denjenigen, die politische und wirtschaftliche Entscheidungen treffen (siehe Beispiel einer [Idee](#)), sowie Vorschläge zur Förderung bewährter Verfahren. Einige Vorschläge enthalten die Forderung, der geschlechtsspezifischen Diskriminierung bei der Freizügigkeit innerhalb der EU ein Ende zu setzen; hierbei wird auf den Berg Athos verwiesen, eine UNESCO-Weltkulturerbestätte in Griechenland, deren Betreten für Frauen nach christlich-orthodoxer Vorstellung verboten ist (siehe [Idee](#)).

Ein weiterer Diskussionsstrang befasst sich mit der Rolle christlicher Werte und der Notwendigkeit ihres Schutzes (siehe [Idee](#)). Diesbezüglich wird in einer Idee gefordert, dass die EU entschieden gegen den Völkermord an der armenischen Bevölkerung und anderen christlichen Minderheiten vorgeht (siehe [Idee](#)).

Einige Beitragende erörtern auch die Notwendigkeit einer europäischen Verfassung, in der die grundlegenden europäischen Werte, die in der EU geachtet werden müssen, klar definiert würden (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

## Rechte und Freiheiten

Unter dem Aspekt Rechte und Freiheiten geht es in einer Reihe von Beiträgen um Fragen des Schutzes der Privatsphäre. In einer vielfach unterstützten Idee wird das Verbot von Sozialkreditsystemen, die auf Gesichtserkennung beruhen, gefordert (siehe [Idee](#)). Zudem gibt es Forderungen nach Einschränkungen bei der Verwendung biometrischer Daten zu Überwachungszwecken (siehe [Idee](#)) und bei der Erhebung und Weitergabe personenbezogener Daten im Allgemeinen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Mehrere Beitragende schlagen vor, die Möglichkeit der Barzahlung als demokratisches Recht anzuerkennen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Ferner wurde die Notwendigkeit besserer Rechtsvorschriften und Instrumente zum Schutz der Privatsphäre im Internet und in sozialen Medien – sowie mit Blick auf alle neuen Technologien – geltend gemacht (siehe [Idee](#)).

In einer weiteren Gruppe von Beiträgen wurde argumentiert, dass COVID-19-Maßnahmen aufgehoben werden müssten, sobald die Auswirkungen der Pandemie dies zulassen, um die Rückkehr zur Normalität zu gewährleisten und die Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger wiederherzustellen. Dazu gehört auch die Forderung, die Diskriminierung von Personen zu verhindern, die sich dagegen entschieden haben, sich impfen oder sich regelmäßig testen zu lassen, um Zugang zu grundlegenden Diensten zu erhalten (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Die Frage der Impfung wird unter dem Thema „Gesundheit“ ausführlicher thematisiert.

In einer weiteren Debatte geht es um die grundlegende Bedeutung von Menschenrechten und Freiheiten im westlichen Wertesystem. In diesem Sinne fordern zahlreiche Teilnehmende den Schutz von LGBTI-Personen und die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen in allen EU-Mitgliedstaaten (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Einige Beitragende fordern ein Recht auf Selbstmedikation mit Cannabis (siehe Beispiel einer [Idee](#)) und erörtern allgemeiner die Entkriminalisierung und Legalisierung von Drogen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Diese Frage wird auch im Rahmen des Themas „Gesundheit“ behandelt.

Eine vielfach diskutierte und unterstützte Idee ist die Forderung, dass die EU beim Schutz der Rechte von Tieren eine Führungsrolle übernimmt (siehe [Idee](#)). In Beiträgen wird die Auffassung vertreten, dass Tiere zwar in den EU-Verträgen als fühlende Wesen anerkannt werden, in der Landwirtschaft und der Fleischindustrie jedoch nach wie vor missbräuchliche und grausame Praktiken anzutreffen seien (siehe Beispiel einer [Idee](#)).



## Schutz von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten

Eine große Gruppe von Teilnehmenden äußert sich besorgt über den Zustand von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Welt und insbesondere in Teilen der EU. In Beiträgen zu diesem Aspekt wird eine härtere Haltung zur Verteidigung der Werte der EU gegenüber Ländern wie Russland und China, aber auch gegenüber einer wachsenden Zahl illiberaler Demokratien in der EU gefordert, wobei hauptsächlich – aber nicht ausschließlich – auf Ungarn und Polen Bezug genommen wird (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Ferner zeigen sich Teilnehmende besorgt über Angriffe auf Frauen, LGBTI-Minderheiten und Menschenrechte, insbesondere angesichts der jüngsten Entwicklungen in Polen und Ungarn (siehe Beispiel einer [Idee](#)). In mehreren Beiträgen wird die ungarische Regierung kritisiert und ein aktiveres Vorgehen seitens der Kommission gefordert (siehe [Idee](#)).

Um die Achtung der Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten, schlagen einige Teilnehmende vor, die Finanzhilfen für Länder, die gegen die Rechtsstaatlichkeit verstoßen, zu kürzen, ihnen das Stimmrecht im Rat zu entziehen oder sogar ihre Mitgliedschaft in der EU zu beenden (siehe Beispiel einer solchen [Idee](#)). Es wird gefordert, den Haushaltsschutzmechanismus im neuen langfristigen EU-Haushalt zu nutzen (siehe [Idee](#)), und vorgeschlagen, das Verfahren nach Artikel 7 des Vertrags zu überarbeiten, um Regierungen, die gegen die Werte der EU verstoßen, einfacher sanktionieren zu können (siehe [Idee](#)). In einem Beitrag wird vorgeschlagen, dass der Europäische Gerichtshof die Rolle eines Wächters über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der EU übernimmt (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Mehrfach unterstützt wurde ein Vorschlag zur Einführung eines Überprüfungsmechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte in der EU (siehe [Idee](#)).

Des Weiteren wird auf der Plattform die Abschaffung der Einstimmigkeitsregel gefordert, um sicherzustellen, dass Mitgliedstaaten, die die Rechtsstaatlichkeit missachten, die Entscheidungsfindung in der EU nicht blockieren können (siehe [Idee](#)).

Mit Blick auf den Schutz der Menschenrechte im Allgemeinen wird in einer vielfach befürworteten Idee vorgeschlagen, die Durchsetzbarkeit der verschiedenen Menschenrechtsinstrumente in der EU-Rechtsordnung zu verbessern (siehe [Idee](#)).

## Sicherheit

Eine der am häufigsten unterstützten und kommentierten Ideen auf der Plattform ist ein Vorschlag zur Einrichtung einer EU-Armee, um die Mitgliedstaaten vor dem Hintergrund der Unsicherheit über die Haltung der USA besser vor feindseligen ausländischen Kräften schützen zu können (siehe [Idee](#)). Mehrere Teilnehmende haben diesen Vorschlag jedoch infrage gestellt und sich dabei vor allem auf die politischen Implikationen und das Verhältnis zwischen EU-Verteidigung und nationaler Verteidigung bezogen. Die Idee wird auch im Rahmen des Themas „Die EU in der Welt“ erörtert.

Vor dem Hintergrund der Freizügigkeit innerhalb der EU befürworteten einige Beitragende die Einrichtung einer europäischen Agentur zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität (siehe [Idee](#)).

## Lobbyismus und Korruption

Ebenso wie beim Thema „Demokratie in Europa“ befassen sich einige Beiträge mit Fragen des Lobbyismus und der Korruption. So wird gefordert, dass die EU gegen Steuervermeidung und Korruption in den Mitgliedstaaten vorgeht (siehe Beispiel einer [Idee](#)), und vorgeschlagen, die Regulierung und Transparenz von Lobbyarbeit für private Interessen zu verbessern und ihren Einfluss auf die EU-Politik zu begrenzen (siehe [Idee](#)). Andere Teilnehmende erörtern, wie Korruption im Kontext der EU und der Verwendung von EU-Geldern bekämpft werden kann und wie Hinweisgeberinnen und Hinweisgeber geschützt werden können (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

### **Weitere Informationen zum Thema:**

[Förderung unserer europäischen Lebensweise](#)

[Terrorismus](#)

[Europäische Rechte und Werte: Schutz und Förderung der Menschenrechte](#)

[Sicherheit – Reaktion auf die terroristische Bedrohung](#)

### **Weitere Informationen über alle Politikbereiche und Maßnahmen der EU:**

[Website des Europäischen Parlaments](#)

[Website des Rates der EU](#)

[Website der Europäischen Kommission](#)

Dieses Dokument wurde vom Gemeinsamen Sekretariat der Konferenz zur Zukunft Europas erstellt.

Besuchen Sie die digitale Plattform der Konferenz zur Zukunft Europas ([www.futureu.europa.eu](http://www.futureu.europa.eu)), um mehr Informationen zu erhalten und die Beiträge anderer Bürgerinnen und Bürger zu lesen, die bereits ihre Ideen und Gedanken veröffentlicht haben. **Für weitere Informationen über die bislang eingereichten Ideen konsultieren Sie bitte auch den ersten Zwischenbericht über die Plattform.**